

Brasilien: Feuertaufe für die Linke

Die Wahlen in Brasilien am 1. Oktober 2006 sind eine Chance für den Dialog einer demokratischen und linken Politik mit der Gesellschaft, um den Ärmsten eine reale Zukunftsperspektive zu bieten. Zum Jahresende wird das Land einen neuen Präsidenten, neue Gouverneure und eine neue Legislative haben, doch die Herausforderungen und Probleme bleiben. Ein Rechtsruck ist nicht abzusehen, ein traditioneller Populismus scheint wenig Chancen zu haben, ist aber nicht ausgeschlossen. Alles weist darauf hin, dass Brasilien weiterhin unter einer Mitte-Links-Regierung seine institutionellen Probleme eher verwalten wird, als den entscheidenden Schritt zur umfassenden sozialen Integration zu tun.

Marco Aurélio Nogueira

Brasilien schlitterte 2005 in eine tiefe Krise. Die Regierung von Luiz Inácio Lula da Silva wurde gelähmt, angeschlagen und kompromittiert, die Führungsriege und die Strukturen seiner Partei *Partido dos Trabalhadores* (PT) zerfielen und das politische System verlor an Glaubwürdigkeit. So wird das Jahr 2006 zu einer schwierigen Prüfung für die brasilianische Demokratie, denn neben dem Staatspräsidenten werden auch die Gouverneure aller Bundesstaaten und

die Abgeordneten der Legislative auf nationaler und bundesstaatlicher Ebene neu gewählt. Die Wahlen 2006 zählen zu den wichtigsten in der jüngsten Geschichte des Landes, da sie mitten in der Krise erfolgen und über die erste Amtszeit eines von der PT gestellten Präsidenten richten. Die PT hat in den letzten 25 Jahren die wichtigsten Sektoren der brasilianischen Linken für sich gewinnen können und entscheidende Bindungen zu sozialen Bewegungen, den Gewerkschaften und der Zivilgesellschaft aufgebaut.

Die Krise von 2005 begann mit der Enthüllung, dass in enger Verbindung mit den Wahlen 2006 innerhalb und mit Wissen der Regierung ein weites Korruptionsnetz gespannt worden war. Es gab eindeutige Hinweise darauf, dass Abgeordnete regelmäßig Geld erhielten, Parteien nicht deklarierte Finanzmittel zugewiesen wurden und bestimmte bundesstaatliche Instanzen dazu benutzt wurden, um Wahlkampfgelder zu sammeln und der Regierung politische Unterstützung im Kongress zu verschaffen. Die Führung der PT, einige ihrer Abgeordneten und zahlreiche Regierungsbeamte standen im Zentrum dieser Vorgänge. Die politischen Spannungen nahmen schnell zu und erfassten die gesamte Gesellschaft. Schlimmer noch, die Politik wurde nun nicht mehr als ein Mittel der Veränderung und Ausdruck des gesellschaftlichen Willens wahrgenommen, sondern verwandelte sich in ein Schauspiel von Anklagen und Rechtfertigungen, in dem nur noch nach Beweisen und Schuldigen gesucht, aber keine Grundsatzfragen mehr diskutiert wurden. Die Enttäuschung der Brasilianer über die repräsentative Demokratie und die politische Klasse ist seitdem gewachsen. Es macht sich das Gefühl breit, dass das Parteien- und Wahlsystem weder der gesellschaftlichen Dynamik - den neuen Formen der peripheren Spätmoderne - entspricht, noch für die Regierbarkeit und den politischen Prozess insgesamt funktional ist.

Es gab Hinweise darauf, dass Abgeordnete regelmäßig Geld erhielten

Der Mythos, die PT sei den anderen Parteien ethisch, politisch und administrativ überlegen, wurde zerstört. Sie erwies sich nicht nur als besonders naiv und ungeschickt beim Aufbau ihrer parlamentarischen Basis und bei der Organisation eines großwahnsinnigen Mechanismus zur Parteifinanzierung, sie half Lula auch auf keinem Politikfeld dabei, konkrete Ergebnisse zu erzielen. Die PT regierte weder besser noch anders. Sie ahmte die anderen brasilianischen Parteien nach und versagte gerade dort, wo sie sich hätte unterscheiden können: im Kampf gegen die soziale Ungerechtigkeit. Brasilien ist weitgehend dasselbe Land geblieben, das es 2002 war. Es gab keine Rückschritte, aber auch keine Fortschritte.

Zerstört wurde auch der Mythos, dass man allein mit mehr Volksnähe und «politischem Willen» zum Wandel besser regiert. Lula hat sein Charisma und seine Popularität bewahrt, aber er wird nun als normaler Mensch gesehen, als ein Politiker, der manches richtig und manches falsch macht, der sich wie alle anderen verstellt und seine Taten verbirgt, der Schwächen und Eigenheiten hat. Das Bild von Lula als Retter, das viele Brasilianer hatten, ist verblasst. Es ist deutlich geworden, dass der soziale Wandel eine langfristige Herausforderung darstellt und dass man, um dieser begegnen und die komplexe soziale Wirklichkeit korrekt deuten zu können, über eine Vielfalt von Instrumenten, Ideen und Fachkenntnissen verfügen muss.

Das letzte Jahr war tragisch, besonders für die PT. Sie fand keine politischen Antworten: Die wichtigsten Führungsfiguren wurden im wahrsten Sinne des Wortes von der Krise verschlungen, konnten keine glaubwürdige Erklärung

***Die Partei
muss sich
umstrukturieren
und ihre Zukunft
neu bestimmen***

für die Ereignisse geben und entwaffneten so ihre Basis. Die Partei muss sich nun umstrukturieren und ihre Zukunft neu bestimmen. Wenn sie nicht reagiert, läuft sie ernsthaft Gefahr, ihre Kraft und politische Ausstrahlung einzubüßen. Bis jetzt gibt es keine Hinweise auf eine solche Umorientierung. Aber die PT verfügt immer noch über politische

und intellektuelle Reserven. Die Frage ist, ob diese für einen wirklichen Neuanfang mobilisiert werden.

Gegensätze und Spannungen

Seine Wirtschaftskraft, die Komplexität seiner Sozialstruktur und die hohe Differenzierung seiner Bevölkerung machen Brasilien zweifellos zu einem modernen Land.

Diese Modernität zeichnet sich in erster Linie durch ihre Radikalität und Reflexivität aus, die in den entwickelten Zentren Brasiliens sichtbar werden: in der Art und Weise wie sich die Wirtschaft neu strukturiert, im Markt für den Massenkonsum, in der starken Präsenz der «Informationsgesellschaft», auch in der sozialen Fragmentierung, der Individualisierung und der Gewalt in den Städten, im beschleunigten Lebensrhythmus der Eventkultur und nicht zuletzt in der relativen Schwächung der sozialen Institutionen von der Familie bis hin zum Staat. Brasilien erlebt heute einen gesellschaftlichen Gährungsprozess, seine Bewohner sind wie «losgelöst» und besitzen keine klaren politischen Zuordnungen.

Aber Brasiliens Modernität ist auch die eines Entwicklungslandes, in dem eine unendliche soziale Tragödie alle anderen Aspekte in den Hintergrund drängt. Sie ist sowohl aus dem Fortleben der Vergangenheit als auch als Folge der Gesetzmäßigkeiten einer verspäteten Modernität zu verstehen. Die sozialen Indikatoren sind dramatisch: Armut, Ungleichheit, Kindersterblichkeit. Das Land hat die für die Jugend lebenswichtige Frage der Arbeitslosigkeit nicht lösen können. Während der 90er Jahre erfolgte eine umfassende Staatsreform, die die Struktur und die Effizienz der staatlichen Bürokratie und des Verwaltungsapparates veränderte, die aber auch das Staatsvermögen stark reduzierte, weil im Zuge der Privatisierung fast alle öffentlichen Unternehmen verkauft wurden und so entscheidende Instrumente für die Marktregulierung und Entwicklungssteuerung verloren gingen. Brasilien begann das 21. Jahrhundert mit einer umstrittenen Rentenreform, entwickelte aber kein Rentensystem für die Zukunft. Das Land ringt noch mit der Bildungs- und Agrarreform, um die weiterhin heftig gestritten wird. Erschwerend kommt hinzu, dass die Wirtschaft kaum wächst, weil die von den Regierungen getroffenen wirtschafts- und fiskalpolitischen Maßnahmen - insbesondere während der beiden Amtszeiten von Fernando Henrique Cardoso (1995-2002) und seiner *Partido da Social-Democracia Brasileira* (PSDB) -, einen starken Konsolidierungskurs und eine Stabilisierung der Währung auf Kosten geringer öffentlicher Investitionen, hoher Steuerlast und hoher Zinssätze verfolgten.

***Staat und
politisches
System sind
in ein Stadium
des «Leidens»
eingetreten***

Brasiliens Gesellschaft steckt demnach voller Gegensätze und Spannungen, kann aus diesem Grund heute als politische Gemeinschaft nicht effizient handeln und seine unterschiedlichen Interessen im Sinne eines gemeinsamen politischen Projekts artikulieren. Staat und politisches System sind in ein Stadium des «Leidens» eingetreten. Sie stehen gleichzeitig unter dem Druck einer verspäteten Modernität und der peripheren Lage des Landes - einer Weltwirtschaft, die sie nicht kontrollieren können, und interner Forderungen und Ansprüche, die sie weder zu besänftigen noch zu erfüllen vermögen. Als Reaktion darauf nehmen Revolte, Skepsis und Nihilismus zu. Das «Soziale» ist in starker Bewegung, aber es kann den Regierungen nicht wirklich die Stirn bieten und nimmt keinen Einfluss auf das staatliche Handeln. Diese wiederum sind den Umständen nicht gewachsen, regieren fast immer schlecht und ohne nennenswerte Ergebnisse - eine Situation, in der sich viele Länder weltweit befinden, die in Brasilien aber dramatische Formen

anzunehmen scheint. Daran hat auch der Wahlsieg von Luiz Inácio Lula da Silva im Oktober 2002 nichts geändert.

Institutionelle Rahmenbedingungen

In Brasilien herrscht ein Verhältniswahlrecht mit offenen Listen. Es zeichnet sich also dadurch aus, dass die Wähler ihre Stimme entweder einer Parteiliste oder einem bestimmten Kandidaten individuell geben können - unabhängig von dessen Parteizugehörigkeit. Der Vorteil liegt darin, dass der parteiinterne Pluralismus und der Entscheidungsspielraum der Wähler erweitert werden. Aber die Kandidaten sind so auch weniger an ihre Parteien gebunden, sei es bei der Wahl selber oder später im Parlament. Daher sind die Parteien zwar formell vorhanden, besitzen aber nicht die Macht, ihre Mitglieder zu «disziplinieren» - diese tendieren dazu, ihre Stimmabgabe und Unterstützung zu verhandeln und maximieren so ihre eigenen Interessen und Wahlkampfmittel. Das politische System und die Regierungsstrukturen werden so von zahllosen *ad-hoc* Abmachungen durchzogen, sei es über die Besetzung von Posten, die Genehmigung von Sondergesetzen oder die Protektion von Verbündeten, und es herrscht sogar ein regelrechter «Stimmentauschhandel», wie in der Krise 2005. Daraus ergeben sich steigende Kosten und ein zusätzlicher Zeitaufwand für die politischen Verhandlungen und Entscheidungen, die Schwächung der Parteien und zunehmende Schwierigkeiten für Abgeordnete und Regierungsvertreter, kohärente politische Programme zu entwickeln.

***Es herrscht ein
regelrechter
«An-und Verkauf»
von Stimmen***

In diesem System herrscht ein starker Wettbewerb und die Kluft zwischen den Kandidaten für die verschiedenen Regierungsämter (Präsidenten, Gouverneure, Bürgermeister) und den Parlamentskandidaten wird immer tiefer. Ein Präsident oder Gouverneur kann kaum auf Koalitionen verzichten, um die Unterstützung für Regierungsvorhaben und eine parlamentarische Basis sicher zu stellen. Aber die Parteien verfolgen bei politischen Verhandlung und Koalitionen keine klare Linie, denn diese wird von Fall zu Fall bestimmt - ohne programmatische Inhalte oder ideologische Verpflichtungen. Die Annäherungen, Distanzierungen, Bündnisse oder Konflikte zwischen den Parteien sind dabei unabhängig von politischen oder ideologischen Affinitäten - sie ergeben sich eher aus einem kurz- oder mittelfristigen Wahlkalkül als aus einem konsistenten Programm oder sozialem Verantwortungsbewusstsein.

Als Lula 2002 die Wahl gewann, waren die Probleme klar erkennbar, die er bei der Umsetzung eines eher der «traditionellen» Linken verpflichteten Regierungsprogramms haben würde. Nicht weil seine Wahlversprechen radikal gewesen wären, sondern auf Grund der objektiven Umstände in Brasilien: des heiklen makroökonomischen Gleichgewichts, der Schwankungen des Finanzmarktes, der gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse und der Feinheiten des Wahlsystems. Doch zu diesen objektiven Restriktionen kamen noch einige unerwartete politische Entscheidungen hinzu.

Bei seinem Amtsantritt vollzog Lula gleich zwei Manöver, mit denen er sich selbst in die Enge trieb. Da die bisherige Wirtschaftspolitik schwer zu ändern war und es an einer ausgereiften Alternative mangelte, entschied er sich dafür, sie im Großen und Ganzen fortzuführen und die bestehenden Verfahren zur Sicherung der Währungsstabilität und Haushaltspolitik zu übernehmen. Er ging dabei vorsichtig, zurückhaltend, ohne programmatische Ansätze und ohne eine seinen sozialen Verpflichtungen entsprechende Akzentuierung vor. Er äußerte sich nicht zur Staatsreform und unternahm kaum Initiativen in der Sozialpolitik, sondern beschränkte sie auf einen, auf soziale Brennpunkte fokussierten Assistenzialismus.

Da Lula über keine sichere Mehrheit im Parlament verfügte und seine Regierung handlungsfähig werden musste, stellte sich unvermeidlich die Bündnisfrage. Er hätte eine große Mitte-Links-Koalition bilden können, um die sozialen Anbindungen der PT zu nutzen und ein konsistentes Reformprogramm umzusetzen. Zur allgemeinen Überraschung tat die Regierung Lula jedoch so, als hätte sie gar kein konkretes Regierungsprogramm und konzentrierte sich einseitig auf ihre Wahlpläne für die Zukunft. Sie sorgte sich mehr um die Macht als um die Gesellschaft und verbündete sich mit politisch wenig profilierten, konservativ ausgerichteten Parteien ohne Interesse an programmatischen oder ideologischen Grundsatzfragen. So musste die Regierung den Staatsapparat politisieren und aufteilen, womit sie auch die «Instrumentalisierung» des Staates durch ihre eigene Partei förderte. Letztendlich konnte sie die klientelistischen Manipulationen weder eindämmen noch abstellen und wurde zur Verwalterin eines perversen Mechanismus zur Wahlkampffinanzierung und für den Kauf von Abgeordnetenstimmen mit staatlichen Mitteln. So war die Grundlage für die Krise geschaffen, die 2005 die Regierung ins Wanken brachte.

*Lula hätte eine große
Mitte-Links-
Koalition bilden
können, um ein
konsistentes
Reformprogramm
umzusetzen*

Die Lula-Regierung zeigte sich so eher pragmatisch denn realistisch, kappte die Bindungen, die sie den sozialen Bewegungen hätte annähern und als eine Kraft für Reformen und soziale Integration profilieren können. Sie ließ sich auf eine Politik des Kleinkleins und auf Machtspiele ein und nahm bedingungslos die Spielregeln einer parlamentarischen Basis ohne jedes demokratische und soziale Verantwortungsgefühl hin.

Von der Krise zu den Wahlen

***Es wird auch
um die Frage
gehen, in was
für einem Land
die Brasilianer
leben wollen***

Die von der Regierung Lula vorgenommenen Optionen und die Krise von 2005 werden im Zentrum des Wahlkampfes 2006 stehen. Auch die wirtschaftliche Entwicklung wird eine große Rolle spielen. Es bleibt abzuwarten, wie die Kandidaten Brasilien auf den Weg eines nachhaltigen Wachstums bringen wollen, ohne dafür auf die Währungsstabilität und eine verantwortungsbewusste Finanzverwaltung zu verzichten, wie sie Arbeitsplätze schaffen und Einkommen umverteilen wollen. Aber die Wirtschaft wird nicht das einzige Wahlkampfthema sein. Es wird auch um die Frage gehen, in was für einem Land die Brasilianer leben wollen, also um das politische Projekt. In dieser Hinsicht verlangen die grundlegenden ordnungspolitischen und existenssichernden Systeme - Bildung, Gesundheit, Sozialversicherung - Aufmerksamkeit. Ebenso der Staat als Verwaltungs- und Steuerungsinstanz der gesellschaftlichen Dynamik, aber auch als Bezugspunkt für eine demokratische politische Gemeinschaft, und dies sowohl innenpolitisch als auch regional und international. Die lateinamerikanische Integration, der Mercosur und das panamerikanische Freihandelsabkommen FTAA (*Free Trade Area of the Americas*) werden zentrale Themen sein, ebenso die außenpolitische Diskussion.

Die Krise machte deutlich, wie schlecht die politischen Institutionen in Brasilien funktionieren und wie sehr sie den neuen gesellschaftlichen Formen und Erwartungen hinterher hinken. Die Frage nach politischen Reformen stellt sich unausweichlich, nicht nur im Sinne eines Wandels der Parteienstruktur und des Wahlrechts, sondern auch als ethisch-politische Reform, die Gewohnheiten und Mentalitäten verändern, die Zusammensetzung der politischen Klasse verbessern und die Bürger zu Hauptakteuren einer breiteren repräsentativen und partizipativen Demokratie machen könnten.



Öffentliche Meinung und Parteienlandschaft stimmen in Brasilien kaum überein, was ein Grund ist für die tiefe Kluft zwischen den Wählern, den Parteien und der politischen Klasse. Die Wählerschaft bleibt von der wirklich relevanten politischen Diskussion ausgeschlossen. Entweder, weil sie sich vor umfassender politischer und intellektueller Bildung scheut und dazu neigt, unmittelbare Vorteile und Gewinne zu suchen, oder auch weil die politischen Parteien und Verbände keine wirklichen Ideen und Programme anzubieten haben. Es gibt in Brasilien kaum konsistente politische Entwürfe. Die Parteien beschränken sich darauf, Politik im Kleinstmaßstab zu betreiben, das Tagesgeschäft zu erledigen und die nächsten Wahlen vorzubereiten. Sie bleiben den Wählern jede Erklärung

***Die Parteien
bleiben den
Wählern jede
Erklärung über
ihr Handeln
schuld***

über ihr Handeln schuldig. Manchmal werden fachlich sehr spezifische oder unmittelbar ideologische Fragen diskutiert, ohne dass es gelingen würde, diese Debatten mit den konkreten Erfahrungen der Menschen in Übereinstimmung zu bringen. Daher verlieren die Parteien als Instanzen politischer Bildung und kultureller Produktion alle Bedeutung.

In dieser Hinsicht ist der Fall der PT emblematisch. Zwei Jahrzehnte lang betrieb die Partei eine sehr aggressive Oppositionspolitik und schuf so eine kämpferische und gegenüber der repräsentativen Demokratie wenig tolerante Mitgliederbasis. Als sie 2002 zur Regierungspartei wurde, sah sie sich zu pragmatischen Entscheidungen in Kontinuität zu den Vorgängerregierungen gezwungen. Es gelang ihr dabei nicht, ihre Basis vom neuen politischen Kurs zu überzeugen. Sie wurde zu einer Regierungspartei ohne Regierungskultur und zeigte eine Mentalität, die der hoch komplizierten Gegenwart und politischen Situation nicht mehr entsprach. Es kam zu einem Bruch zwischen den Parteiführern und Regierungsvertretern, der Basis und den Intellektuellen. Die Führungsriege bewegte sich nicht mehr und beschränkte sich darauf, ihre Regierungsentscheidungen zu rechtfertigen, ohne neue politische Grundsätze zu formulieren oder substantielle politische Analysen anzubieten. Diese Situation wurde durch die Krise noch verschärft, und es ist noch nicht abzusehen, was für eine PT sich 2006 zur Wahl stellen wird.

Ähnliches geschieht mit der PSDB, die von der langen Regierungszeit Fernando Henrique Cardosos (1995-2002) und der Ausübung wichtiger Regierungsämter in den Bundesstaaten (wie etwa in São Paulo) profitiert hatte und so über die letzten eineinhalb Jahrzehnte die Zahl ihrer Führungsfiguren und ihre Wählerschaft ausbauen konnte. Seit 2003 versteht sich die Partei als Oppositionsführerin. Trotzdem gelang es ihr nicht, sich als Impulsgeberin oder

Stimme der Sozialdemokratie zu profilieren. Sie organisierte sich eher als eine Partei von Technokraten denn von politischen oder ideologischen Persönlichkeiten und versäumte es, tragfähige Verbindungen zu den sozialen Bewegungen aufzubauen. Ihr Erfolg und ihre Identität gründen sich in erster Linie auf die Ansicht vieler Wähler, dass die PSDB «der Inflation ein Ende gemacht hat», das Land in die globalisierte Welt integrierte und systematisch die PT bekämpft. So stellt die PSDB eher eine Kraft der Mitte als der Linken dar. Sie wuchs als Partei pragmatischer und innovativer Verwalter ohne Utopien oder spezifische soziale Visionen und beschränkt sich darauf, das eigene wirtschaftspolitische Programm, mit dem sie «der Inflation ein Ende gemacht hat», immer wieder neu zu formulieren. 2006 wird die PSDB in den Wahlkampf gehen, ohne zu wissen, was sie den Bürgern im Hinblick auf die wirtschaftliche Entwicklung oder eine Politik jenseits von Anpassung und Stabilisierung - Formeln, die sich heute erschöpft haben - anzubieten hat. Sie wird sich kurz vor den Wahlen entscheiden müssen, was sicherlich zu einem gewissen Wahlkampf-Opportunismus führen und wenig zur politischen Diskussion beitragen wird.

***Zwischen PT und
PSDB sind keine
wesentlichen
Unterschiede
mehr festzustellen***

Zwischen PT und PSDB sind keine wesentlichen Unterschiede mehr festzustellen. Die Öffentlichkeit ist einer Polarisierung ziemlich überdrüssig, die im Lauf der Jahre ihre Daseinsberechtigung verloren hat und den Wahlkampf nicht mehr «spannend» machen kann. So laufen die beiden wichtigsten Parteien Brasiliens Gefahr, am Wahltag erschöpft und ausgelaugt zu sein. Davon kann sicherlich der eine oder andere starke Kandidat der besser organisierten Parteien, z.B. der *Partido do Movimento Democrático Brasileiro* (PMDB) oder der *Partido da Frente Liberal* (PFL) profitieren - oder auch ein «Populist», der sich als «über den Parteien stehend» präsentiert und unter dem Banner der Korruptionsbekämpfung und einer neuen Zeit des Wachstums und der sozialen Absicherung in den Wahlkampf zieht.

Die Wahlen 2006 stecken voller Ungewissheiten. Die Regeln zum Wahlablauf sind noch nicht endgültig festgelegt worden, weil einige Parteien die «Vertikalisierungsklausel» streichen wollen, laut der Parteikoalitionen für das Präsidentenamt auch bei den Wahlen in den Bundesstaaten gelten müssen. Unsicher sind auch noch die Wahlkampffinanzierung und die Wahlwerbung. Dieser Eindruck von Uneinigkeit und Unklarheit stellt sich auch in der Bevölkerung ein, die nach der Krise von 2005 noch weniger Verständnis für Politiker und Parteien aufbringt.

Es gilt als sicher, dass Lula sich erneut zur Wahl stellen wird. Er hat bereits seine Bereitschaft deutlich gemacht, für eine zweite Amtszeit zu kämpfen, um das Image seiner Regierung reinzuwaschen. Aber Lula ist kein eigentlich linker Politiker, sondern ein im Gewerkschaftsleben geformter Aktivist mit wenig definierten ideologischen Standpunkten und unklaren politischen Überzeugungen. Man weiß einfach nicht, **was für ein** Lula sich zur Wahl stellen und welche Unterstützung er vom Parteiapparat, den Aktivisten und Sympathisanten der PT erhalten wird. Infolge der Krise von 2005 herrschen Verwirrung und Mutlosigkeit in diesen Kreisen. Da Lula in den Umfragen vorne liegt und der amtierende Präsident ist, sind andere Kandidaten aus dem Umfeld der PT auszuschließen. Doch sind damit die Schwerpunkte des Wahlkampfes noch nicht entschieden. Dieser Prozess ist in der PT für gewöhnlich sehr spannungsgeladen und turbulent, da die Partei aus Strömungen unterschiedlichster politischer und ideologischer Couleur besteht (aus radikalen Katholiken, Trotzlisten, Gewerkschaftern, Sozialdemokraten, Kommunisten und Linksliberalen).

*Lula ist zwar
durch die Krise
geschwächt,
besitzt aber
immer noch ein
sehr hohes
Ansehen*

Wer wird den Präsidenten herausfordern? Lula ist zwar durch die Krise geschwächt, besitzt aber immer noch ein sehr hohes Ansehen in der Politik und bei den Wählern. Seine Popularität kann sogar wieder steigen, wenn es der Regierung gelingt, die aufgrund der Hilfsprogramme für die armen Bevölkerungsschichten zu erwartende Unterstützung in Wählerstimmen umzumünzen. Lula könnte auch von den Schwierigkeiten profitieren, die alle großen Parteien Brasiliens bei der Wahl ihrer Kandidaten haben. Diese Situation wird sich noch bis Juni hinziehen, erst dann endet die gesetzliche Frist für die Nominierung der Kandidaten.

Unabhängig davon aber wird die Polarisierung kaum überwunden werden können, die Brasiliens Politik seit Beginn der 90er Jahre bestimmt und in der sich zwei Reformströmungen der linken Mitte gegenüberstehen: Die eine wird von der PT angeführt und ist offener gegenüber sozialen Fragen und den traditionellen Gewerkschaften bzw. Kooperativen, die andere wird geprägt von der PSDB und legt den Schwerpunkt eher auf die Staatsreform und die Modernisierung der Verwaltung und der Wirtschaft. Objektiv (und von den konjunkturellen politischen Debatten unabhängig) betrachtet zeichnen sie sich durch eine ähnliche Sensibilität für das Begriffspaar «Entwicklung - soziale Integration» und demokratische Grundwerte aus und sind damit beide im Umfeld der sozialdemokratischen Programmatik anzusiedeln.

Die Situation ist also zumindest potenziell positiv. Doch alles wird von den Kandidaten abhängen. Ein Kandidat vom rechten Flügel der PSDB z.B., der die eher technokratische und weniger ideologische Dimension der Partei vertritt, könnte sich neutralisierend auswirken, die Bedeutung der Demokratiedebatte verringern und den Wähler zwingen, Führungsstile zu vergleichen statt politische Entwürfe für Brasilien und die Welt. Sollte sich andererseits Lula darauf beschränken, seine Regierung zu verteidigen, keine Selbstkritik üben und die Grundlagen seiner Koalition nicht überdenken, wird die Diskussion zu einer rein emotionalen Abrechnung tendieren. In beiden Fällen wird es keine Fortschritte in der politischen Bildung und keine Stärkung der Bürgerrechte und Demokratie geben.

Die Wahlen 2006 können aber auch dazu beitragen, dass eine demokratische und linke Politik mit weiten Gesellschaftsschichten in Dialog tritt, dabei kohärenter wird und den Ärmsten eine Zukunftsperspektive bietet. Am Ende dieses Jahres wird Brasilien einen neuen Präsidenten, neue Gouverneure und ein neues Parlament haben, doch die Herausforderungen und Probleme werden die selben sein. Ein Rechtsruck ist nicht abzusehen und ein traditioneller Populismus scheint wenig Chancen zu haben, obwohl man diese Möglichkeit nicht völlig ausschließen kann. Ein mögliches Szenarium ist eine größere Annäherung von PT und PSDB, was zur Bildung einer starken Mitte-Links-Koalition nach Art der chilenischen «*Concertación*» führen würde. Dadurch könnte eine Reformpolitik den notwendigen Rückhalt und Handlungsspielräume erhalten. Doch es muss noch vieles geschehen, damit ein solches Szenarium Wirklichkeit werden kann.

***Ein Rechtsruck ist
nicht abzusehen
und ein
traditioneller
Populismus
scheint wenig
Chancen zu haben***

Alles deutet darauf hin, dass Brasilien weiterhin unter einer Mitte-Links-Regierung seine institutionellen Probleme nur verwalten wird, ohne den entscheidenden Schritt zu einer umfassenden sozialen Integration zu tun. Die Lage ist ungewiss, vor allem weil die Gesellschaft auf Grund der Krise das Interesse an Politik verloren hat, und weil die Ausmaße der Krise die Öffentlichkeit veranlassen, wieder «wundersamen Rettern» oder rein «fachlichen», managementorientierten Regierungen zu vertrauen. Nach dem Sturm, der die Regierung Lula ins Wanken gebracht und die Krise des politischen Systems verschärft hat, gibt es keinen Anlass, kurzfristig ein besseres Land zu erwarten. Aber Brasilien befindet sich nicht am Rande des Abgrunds, und seine Demokratie ist nicht gefährdet.

Werden jedoch die Stärkung der Bürgerrechte, die demokratische Staatsreform und die Politisierung in den Vordergrund gerückt, dann ist abzuwarten, in wie weit die Linke und die fortschrittlichen Demokraten es schaffen, miteinander in Dialog zu treten, Ansätze und Überzeugungen zu überdenken und sich den Bedingungen des modernen Lebens und des globalisierten Kapitalismus zu stellen. Dann ist zu sehen, ob die Krise der Linken - heute ein weltweites Phänomen - sich in Brasilien zum Positiven wendet und Früchte zeigt. Die Zukunft ist also offen.

El Cotidiano

REVISTA DE LA REALIDAD MEXICANA

Noviembre-Diciembre de 2005

México

Nº 134

UNA PRIMERA APROXIMACIÓN AL PROBLEMA DE LA DISCRIMINACIÓN EN MÉXICO: Rasgos y retos de la lucha contra la discriminación en México, **Gilberto Rincón Gallardo**. El Conapred y la lucha contra la discriminación en México, **José Luis Gutiérrez Espíndola**. Definición y concepto de la no discriminación, **Jesús Rodríguez Zepeda**. POLÍTICAS PÚBLICAS Y DISCRIMINACIÓN: La discriminación en México: una mirada desde el análisis de las políticas públicas, **Carlos Araiza R.** ALGUNOS DATOS CUANTITATIVOS: Aproximación a los resultados de la Primera Encuesta Nacional sobre Discriminación, **Rubén R. García Clark**. ESTUDIOS DE CASO: El derecho a la igualdad... ¿o el derecho a la diferencia?, **Patricia Brogna**. Discriminación y adultos mayores: un problema mayor, **José Tomás Romero Ruvalcaba**. La estigmatización social como factor fundamental de la discriminación juvenil, **Leopoldo Callejas Fonseca y Cupatitzio Piña Mendoza**. Género y discriminación, **Marta Torres Falcón**. LA DISCRIMINACIÓN EN EL ÁMBITO INTERNACIONAL: El derecho a la no discriminación: una perspectiva internacional, **Alejandro Becerra Gelóver y Yereli Rolander Garmendia**. La discriminación a los mexicanos en Estados Unidos, **Abigail Calleja Fernández**. Segregación y discriminación: el nacimiento de Jim Crow en el sur de los Estados Unidos, **Arturo Grunstein Dickter**.

El Cotidiano es una publicación de la Universidad Autónoma Metropolitana. Av. San Pablo 180, Edif. K-011, Col. Reynosa Tamaulipas, C.P. 02200, México, D.F. Tel. 53 18 93 36. Apartado postal 32-031, México, 06031, D.F. Correo electrónico: <cotid@correo.azc.uam.mx>.